

CONRAD SCHUHLER

GLOBALER KAPITALISMUS UND DER WELTKRIEG UM RESSOURCEN

Vortrag auf dem Friedenspolitischen Kongress
zum Internationalen Global Action Day
München, 25. Januar 2008

Schutzgebühr: 1,50 Euro

ISW

SPEZIAL-NR.22

institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung münchen e.V.

Impressum

isw-spezial 22, Januar 2008

Publikationsreihe isw-spezial: ISSN 1614-9270

Herausgeber:

isw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

Johann-von-Werth-Str. 3, 80639 München

Tel. 089/130041 Fax: 089/168 94 15

isw_muenchen@t-online.de

www.isw-muenchen.de

Autor/Redaktion: Conrad Schuhler

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Conrad Schuhler

Karikaturen: Bernd Bücking

Layout: Monika Ziehaus

Schutzgebühr: 1,50 EUR

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
vorheriger Genehmigung des isw e.V.

Der stoffliche Reichtum einer Gesellschaft beruht stets auf der Verbindung von zwei Elementen, nämlich der Arbeit und den Stoffen der Natur. Der Vater des gesellschaftlichen Reichtums, so zitiert Karl Marx einen englischen Kollegen, ist die Arbeit, die Erde ist seine Mutter. (Karl Marx, MEW 23, 57 f.)

Wer sich außerhalb der eigenen Arbeit Reichtum aneignen wollte, war deshalb schon immer darauf angewiesen, sich Arbeitskräfte und Naturstoffe anzueignen und diese auszubeuten. Die Sklavenhaltergesellschaften Athens oder Roms verschafften sich per Raub- und Eroberungskriegen die Arbeitskraft und die Naturstoffe anderer Völker. Die Tunesier, Nubier usw. wurden als Sklaven nach Italien geschafft, Tunis selbst wurde die Kornkammer Roms. In das imperialistische Rom strömten die menschlichen und natürlichen Reichtümer der unterworfenen, der tributpflichtigen Völker. Rom sorgte im Gegenzug, würden wir in der Diktion der heutigen Globalisierungsstrategen sagen, mit seinen Legionen für die Sicherheit der Region, die Pax Romana. Rohstoff-Imperialismus ist also nichts Neues, er ist fester Bestandteil von Ausbeutungsgesellschaften.

Allerdings gibt es Konjunkturen dieses Rohstoff-Imperialismus, rasante Zuspitzungen und ruhigere Zeiten. Seit den Tagen des Kapitalismus kann man dies auch an den Börsennotierungen der Rohstoffe ablesen. So genannte "Superzyklen" bei Rohstoffen gab es während der ersten industriellen Revolution im 18. Jahrhundert, während der Industrialisierung der USA und in der Wiederaufbauphase nach den beiden Weltkriegen. Auch die Vorbereitungen dieser Kriege und ihre Durchführung gehören direkt zum Thema Ressourcen-Imperialismus. Der Griff nach der Weltmacht, den das als Nationalstaat und Militärmacht zu spät gekommene Deutsche Reich im Ersten Weltkrieg versuchte, sollte die Verteilung der Welt und ihrer Ressourcen zugunsten Deutschlands rückgängig machen. Die Planungen der Nazis und ihrer Hinterleute in der deutschen Wirtschaft eine Generation später hatten z.B. die Ölvorräte der Sowjetunion bis ins Detail in ihre Perspektivplanungen aufgenommen. Die relative Knappheit der Ressourcen und das Ansteigen militärischer Aggression bilden in den Ausbeutungsgesellschaften eine historische Einheit.

Heute haben wir es wieder mit einem Superzyklus bei Rohstoffen zu tun. (Wir unterscheiden in soft commodities / weiche Rohstoffe, in der Regel landwirtschaftliche Produkte; in Nutz- und Edelmetalle und in Energieträger. Bei erheblichen Unterschieden im einzelnen weisen sie, Knappheit und Preisanstieg betreffend, in die selbe Richtung.) Von 2002 bis 2006 sind die Preise für Rohstoffe auf gut das Doppelte gestiegen. (Spiegel, 31) Und mit ihnen stieg das Maß an militärischer Aggression. Die Kriege in Afghanistan und im Irak, die Militäraktionen gegen den Libanon sind eindeutig Kriege für Öl, für die Vorherrschaft an der Tankstelle der Welt, zwischen dem Nahen Osten und dem Kaspischen Meer.

Was sind die Gründe für diesen Superzyklus? Welche Strategie entwickeln die Industriestaaten? Kommt es zu einem Weltkrieg um knapper werdende Ressourcen?

1. Qualität und Konsequenzen des neuen Super-Zyklus

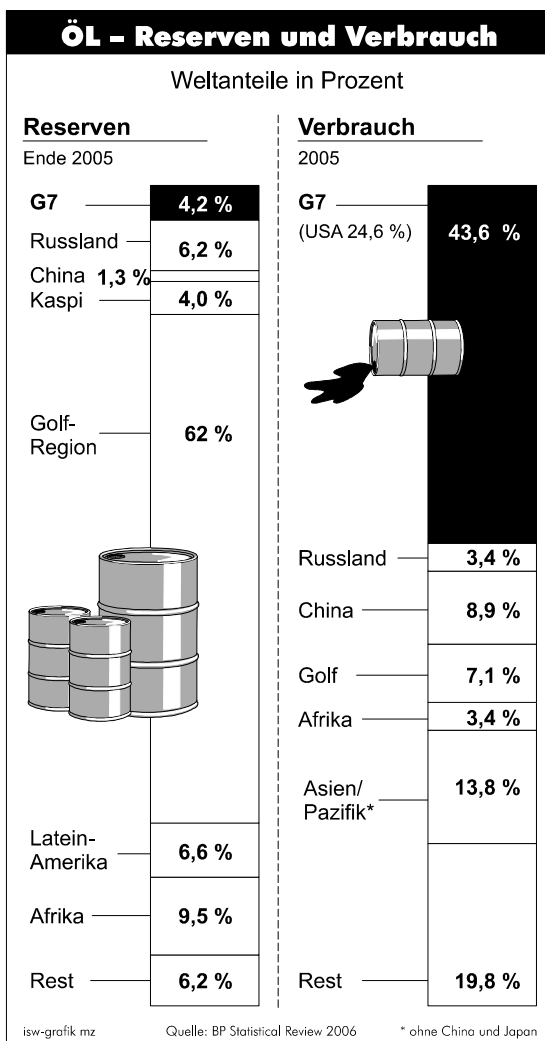
1.1 Der Widerspruch zwischen rasant wachsendem Verbrauch und der Erschöpfbarkeit der Naturstoffe

Es sind, natürlich, die Nachfrageüberhänge, die die Rohstoffpreise in die Höhe schießen und einen allgemeinen Run auf Rohstoffe auslösen. Diese Nachfrage ist zum einen abhängig von der Entwicklung der Konjunktur. Wir haben in den letzten Jahren weltweit eine ausgeprägte Hochkonjunktur erlebt, die gerade dabei ist, deutlich abzukühlen. Doch wird auch eine spürbare Verlangsamung des Wirtschaftswachstums die weitere Verknappung der Rohstoffe nicht aufhalten. Wir haben es mit einem säkularen, einem langfristigen Trend zu tun. Der letzte Grund liegt in unserer Wirtschafts- und gesellschaftlichen Lebensweise, die auf hohem und weiter steigendem Verbrauch von Rohstoffen basiert, die aber ihrerseits nicht vermehrbar und im wesentlichen nicht regenerierbar sind. Die moderne kapitalistische Lebensweise verträgt sich nicht mit der Tatsache der Endlichkeit, der Erschöpfbarkeit der Rohstoffe. An dieser Stelle – ein für lebenswichtig erachtetes Produkt wird immer knapper, die Nachfrage und die Preise steigen, doch das Angebot wird immer geringer – versagt per definitionem der Marktmechanismus. Höhere Preise führen zu keiner Ausweitung des Angebots, selbst wenn ich sie bezahlen könnte, könnte ich meine Nachfrage nur in immer geringerem Maß befriedigen. In einer solchen Situation, da der Markt versagen muss, wird der Krieg, der Einsatz militärischer Mittel

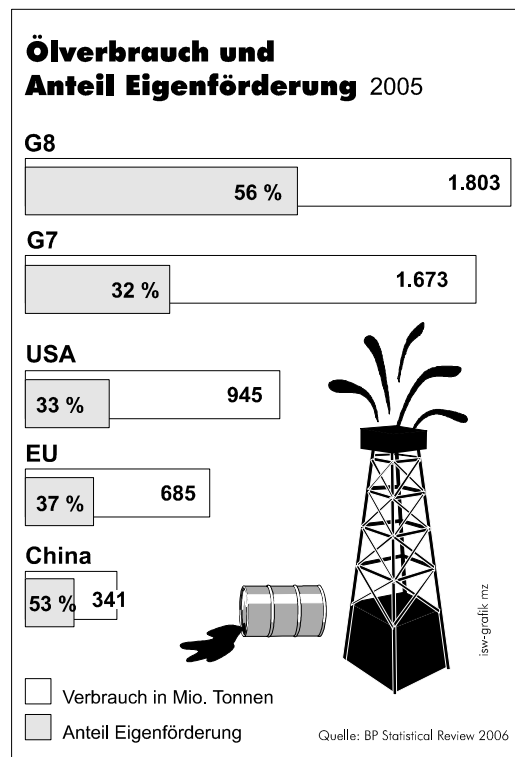
zur ultima ratio des kapitalistischen homo oeconomicus. Die in der Wirtschaftsweise angelegte Verknappung der Rohstoffe, ohne die die moderne kapitalistische Wachstumsgesellschaft nicht auskommen kann, bildet eine materielle Grundlage ihrer aggressiven Militär- und Kriegsstrategien. (Eine andere Grundlage ist in der Verfügung über die globalen Arbeitskräfte und über die globalen Märkte zu sehen, ohne die Transnationale Konzerne ihre Dimensionen an Umsatz und Gewinn nicht aufrechterhalten könnten.)

Wenn wir von der digitalen oder der Wissensgesellschaft reden, verlieren manche aus dem Blick, dass der Marxsche Hinweis auf menschliche Arbeit und Naturstoffe als die beiden Quellen des gesellschaftlichen Reichtums nach wie vor seine Gültigkeit hat. Kein Computerchip kommt ohne Silizium oder Kupfer aus, kein Auto ohne einen ganzen Katalog von Metallen bis hin zum Platin, kein Flugzeug ohne Nickel, kein Kunststoff ohne Rohöl, kein Kommunikationsmedium oder Transportmittel ohne Energie. Rechnet man die Verbrauchszahlen auf einen durchschnittlichen Deutschen um, so verbraucht dieser im Laufe seines Lebens 225 Tonnen Braun- und Steinkohle, 116 Tonnen Mineralöl, 40 Tonnen Stahl, 1,1 Tonnen Kupfer und 200 Kilogramm Schwefel. Der moderne Wachstumskapitalismus hat seit dem Ende des 2. Weltkriegs mehr Rohstoffe verbraucht als die Menschheit in ihrer gesamten Geschichte davor. (Spiegel, 27 f.)

Die Misere und die Gefahren zeigen sich nirgendwo deutlicher als beim wichtigsten Rohstoff, dem Erdöl. Die G7 – die wichtigsten Industrieländer USA, Japan, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien und Kanada – können gerade einmal 32 % ihres Ölverbrauchs aus eigenen Quellen decken. Bei den USA sind es heute 33 %, bei der EU 37 % (BP, Statistical Review 2006). Nach dem Cheney-Report, also dem offiziellen Bericht der US-Regierung, müssen die USA im Jahre 2020 rund 70 % ihres gesamten Energieverbrauchs aus Importen decken. Für die EU wird die Lage noch heikler. In etwa einem Jahrzehnt werden die Öl- und Gasfelder der Nordsee erschöpft sein. Dann wird die EU Öl und Gas zu 80 bis 90% importieren müssen.



Ausführlich zum Thema Peak Oil und zu den Ölmultis siehe Fred Schmid: Öl-Imperialismus in isw-report 69/70



1.2 Verschärfung der Konkurrenz: Das schnelle Wachstum der Schwellenländer

Seit Anfang des Jahrtausends, und dies ist ein wesentlicher Faktor des gegenwärtigen Super-Zyklus der Rohstoffmärkte, sind die Schwellenländer, v.a. China und Indien, als qualitativ und quantitativ ernst zu nehmende Akteure im Kampf um die Rohstoffe hinzu gekommen.

China verbraucht heute pro Jahr etwa halb so viel Öl wie die EU, gut 35 % so viel wie die USA. 53 % kann es derzeit aus eigenen Beständen decken. Dieser Anteil wird allerdings in den nächsten Jahren rapide abnehmen. Denn nach den Prognosen des IMF wird sich das BIP in China bis 2050 fast um das Fünffache vergrößern. Die gesicherten Ölreserven Chinas würden aber nicht einmal für zehn Jahre des jetzigen Verbrauchs ausreichen. (BP, World Energy Report) China wird also auf Jahrzehnte hinaus, vorsichtig formuliert, eine höchst offensive Energiewelt-politik verfolgen. Das selbe gilt für Indien, dessen BIP nach den Prognosen bis 2050 sogar um das Siebenfache wachsen soll, ohne dass das Land über nennenswerte Ölreserven verfügt. Bedenkt man, dass im genannten Zeitraum das BIP der USA um das Dreifache, das der EU um die Hälfte steigen soll, dann müssen wir von einem sich zuspitzenden Kampf um Öl, den Rohstoff Nr. 1, ausgehen. (Vgl. dazu Conrad Schuhler: Globaler Imperialismus – Kooperation und Konflikt. In Mayer/Schmid/Schuhler: G8 – Agenda des kollektiven Imperialismus. isw-report 69/70.)

1.3 Der Peak ist erreicht, in 10 Jahren ist der Höhepunkt der Ölproduktion überschritten

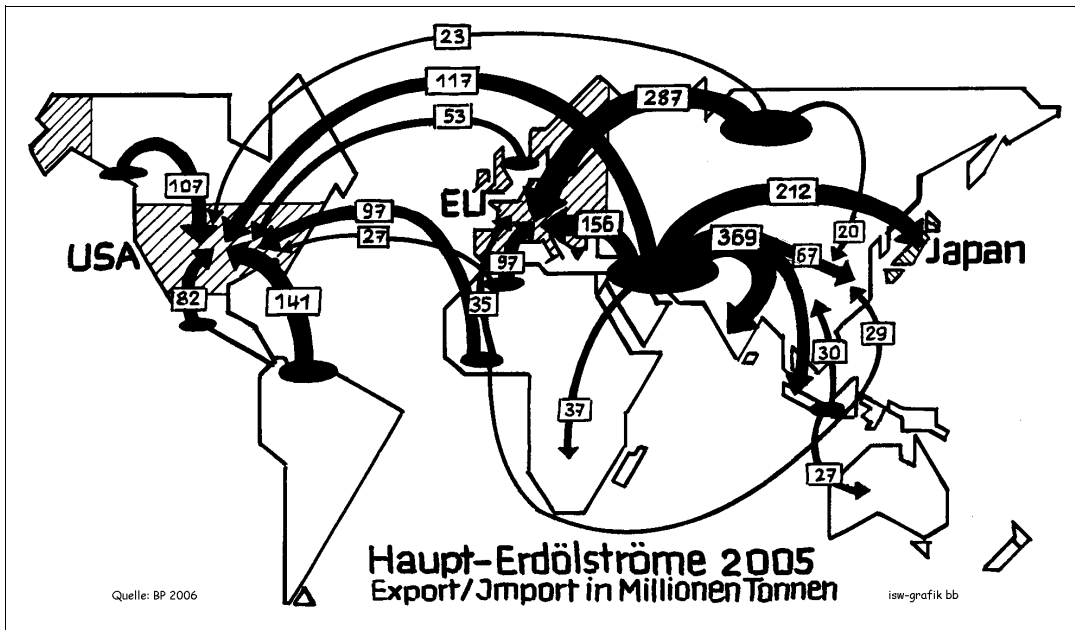
Das globale Wettrennen um die knappe Ressource Erdöl fällt in eine Phase, da deren Förderung bald zurück gehen oder völlig neue Kostendimensionen eröffnen wird. Im Zeitraum zwischen 2010 und 2015 soll der sog. Peak erreicht sein, der Höhepunkt der weltweiten Ölförderung. Die Hälfte der Vorräte sind dann verbraucht, nun nehmen die Bestände jedes Jahr ab, das Ölzeit-alter ist ohne Perspektive. Chevron rechnet damit, dass mit der fossilen Energieversorgung, den gegenwärtigen Verbrauch unterstellt, in dreißig Jahren Schluss ist.

Andere Vorhersagen sind, vom Standpunkt der Ölgesellschaft aus, optimistischer. Man würde neue Lagerstätten erschließen, die Ausbeutung der vorhandenen Lager intensivieren usw. Natürlich kann man für eine Weile die Produktion derart in die Höhe jagen, dass auch nach dem Peak so viel Öl wie zuvor oder sogar mehr zur Verfügung steht. Nur: jede Tonne Öl verschlingt mehr Investitionskosten, weil der Druck in den Ölfeldern nachlässt, weil die neuen Felder unter Eis und in Sand und Schiefer weit schwieriger zu erschließen und auszubeuten sind usw. Unter Ölfachleuten geht die Vision um, dass eines baldigen Tages der Energieaufwand zur Förderung größer ausfällt als die Energieerträge selber. Und: Mit jeder Tonne zusätzlich gefördertem Öl nähert man sich schneller dem absoluten Ende des Ölzeitalters, wenn die abbaubaren Ölvorräte endgültig erschöpft sein werden.

Für die Strategen des Ölgeschäfts in den Industrieländern sieht die Lage also so aus: 1) Wir brauchen Öl dringender denn je. 2) Aus eigenen Quellen können wir unseren Verbrauch immer weniger befriedigen. 3) Wir müssen schnell auf die globalen Quellen zugreifen, denn Öl wird immer seltener und kostbarer.

1.4 Der verschärfende Faktor: Der Großteil der Ölreserven liegt in Ländern, die den USA und ihren EU-Partnern politisch als "instabil" oder sogar als "feindlich" oder "missraten" gelten

Die sieben Länder bzw. Regionen mit den mit Abstand größten Ölreserven heißen: Saudi-Ara-bien, Irak, Kuwait, Vereinigte Arabische Emirate, Iran, Venezuela, Russland und die früheren kaspischen Sowjetrepubliken. Die arabischen Feudalstaaten sind innerlich morsch, z.T. isla-misch-fundamentalistisch, offen und aggressiv undemokratisch... Irak, Iran und Venezuela ge-hörten bzw. gehören zur Achse des Bösen. Russland entwickelt sich immer mehr zum weltpoli-tischen Gegenspieler, in den kaspischen Staaten wäre der demokratische Gedanke à la Bush ohne die Hilfe der CIA schon längst verblasst. Vizepräsident Dick Cheney hat 1999, damals war er noch Chef von Halliburton, des weltweit größten Zulieferers der Ölbranche, das Dilemma auf den Punkt gebracht: "Der Liebe Gott hielt es nicht für angebracht, Erdöl und Erdgas nur dort hinzutun, wo es demokratisch gewählte, den USA freundlich gesinnte Regierungen gibt. Gele-gentlich müssen wir in Gegenden operieren, wohin man bei Lichte besehen normalerweise nicht freiwillig gehen würde. Aber wir gehen dorthin, wo es Geschäfte zu machen gibt." (Weinberger, 59)



Ganz ähnlich analysiert Robert Cooper, der Büroleiter von Xavier Solana, dem sog. Außenministers der EU, die Lage. "Der postmoderne Imperialismus", schreibt er, "hat zwei Komponenten. Der erste ist der freiwillige Imperialismus der globalen Ökonomie. Er wird normalerweise von einem internationalen Konsortium und durch internationale Finanzinstitutionen ausgeübt." Doch reicht dieses Spiel der "Global Governance" nicht aus, immer mehr Länder und Regionen unterwerfen sich nicht mehr freiwillig den Spielregeln und den Institutionen der Global Governance, wie Cooper konstatieren muss. Deshalb, so das Sprachrohr des "EU-Außenministers": "Die Herausforderung der modernen Welt ist es, mit der Idee doppelter Standards klarzukommen. Unter uns gehen wir auf der Basis von Gesetzen und kooperativer Sicherheit um. Aber wenn es um traditionellere Staaten außerhalb des postmodernen Kontinents Europa geht, müssen wir auf die rauerer Methoden einer vergangenen Ära zurückgreifen – Gewalt, präventive Angriffe, Irreführung... Unter uns halten wir uns an das Gesetz, aber wenn wir im Dschungel operieren, müssen wir ebenfalls das Gesetz des Dschungels anwenden." (Wagner 2006, 67f.)

Etwas diplomatischer ausgedrückt, finden sich diese Gedanken vom "Dschungel" auch in der offiziellen Europäischen Sicherheitsstrategie. Dort wird als "zentrale sicherheitspolitische Aufgabe unserer Zeit" der Umgang mit den so genannten fehlgeschlagenen Staaten genannt, die sich "von der internationalen Staatengemeinschaft abgekehrt" hätten. Denen, die nicht "zur Umkehr bereit sind, sollte klar sein, dass sie dafür einen Preis bezahlen müssen, auch was ihre Beziehungen zur Europäischen Union anlangt".

Die Logik dieser Strategie lautet: Wer sich nicht freiwillig in den modernen Imperialismus einordnet, der wird mit militärischer Gewalt dazu gezwungen, und beim Einsatz dieser Gewaltmittel können wir uns nicht mit Völkerrecht und ähnlichem aufhalten, sondern gehen nach den Gesetzen des Dschungels vor, "müssen auf die rauerer Methoden einer vergangenen Ära zurückgreifen".

1.5 Der "Dschungel" umfasst die ganze Welt: Denn nicht nur die Rohstoff-Lagerstätten müssen kontrolliert werden, sondern auch die Infrastruktur und der Transport rund um den Globus

Daniel Yergin, der Papst der westlichen Öl-Experten, in militärischen Fragen noch eher einer der "weichen", stellt fest: "Energiesicherheit muss auf die Sicherheit der gesamten Infrastruktur und Versorgungskette ausgedehnt werden." Und natürlich hat er recht. Es nützt ja wenig, Saudi-Arabien zu dominieren, aber das Öl dann nicht durch den Suezkanal und die Tausende Seemeilen in den Westen bringen zu können. Oder am Kaspischen Meer Fuß zu fassen, um dann zu erleben, dass die Taliban die Pipeline durch Afghanistan blockieren.

Insgesamt weisen die Pipelines für Öl und Gas heute schon eine Länge auf, die ein Vielfaches des Erdumfangs ausmacht und z.B. von Sibirien bis nach Deutschland oder vom Schwarzen Meer bis nach China oder Indien führen, also quer durch die Erdteile Asien und Europa. Zusätzlich sind täglich 40 Millionen Barrel Öl in Tankern auf den Weltmeeren unterwegs. In 15 Jahren wird sich das Öl-Volumen in den Tankern auf 70 Millionen erhöht und das von Flüssiggastransporten wird sich verdreifacht haben.

Das bedeutet: Nicht nur die Förderländer, auch der größte Teil der Weltmeere und fast alle Kontinente – denn fast überall verlaufen Pipelines – müssen unter militärische Kontrolle gebracht und gehalten werden. Besondere Aufmerksamkeit gebührt dabei den so genannten chokepoints, den Nadelören des Transports, wie die Straßen von Hormuz und Malakka und die Kanäle von Suez und Panama. Energiesicherheit heißt, wie wir bei einem Blick auf die Militärstrategien der kapitalistischen Industrieländer sehen werden, globale militärische Kontrolle.

2. Die Umstellung der Militärdoktrinen auf "Sicherheit des Welthandels" und der Öl/Energieversorgung

(Vgl. dazu Conrad Schuhler: *Neue Militärstrategien: Sicherung der neoliberalen Weltordnung und der Rohstoff- und Energieversorgung*. In Mayer/Schmid/Schuhler: *G8. A.a.O.*)

2.1 USA/Nato

1994 fand eine Umorganisation der US Army statt, die seitdem weltweit in fünf regionale Kommandozonen gegliedert wird. Die größte ist das Central Command (Centcom), das präzise auf die Ölregionen in Asien und Afrika bezogen wird. Centcom ist verantwortlich (Area of Responsibility) für 26 Länder von Zentralasien über Südasien, die Arabische Halbinsel, Irak, Rotes Meer bis hin zum Horn von Afrika und den östlichen Teil Afrikas.

Centcom ist ein Militärapparat, der maßgeschneidert ist für die militärische Kontrolle des wichtigsten Energieträgers:

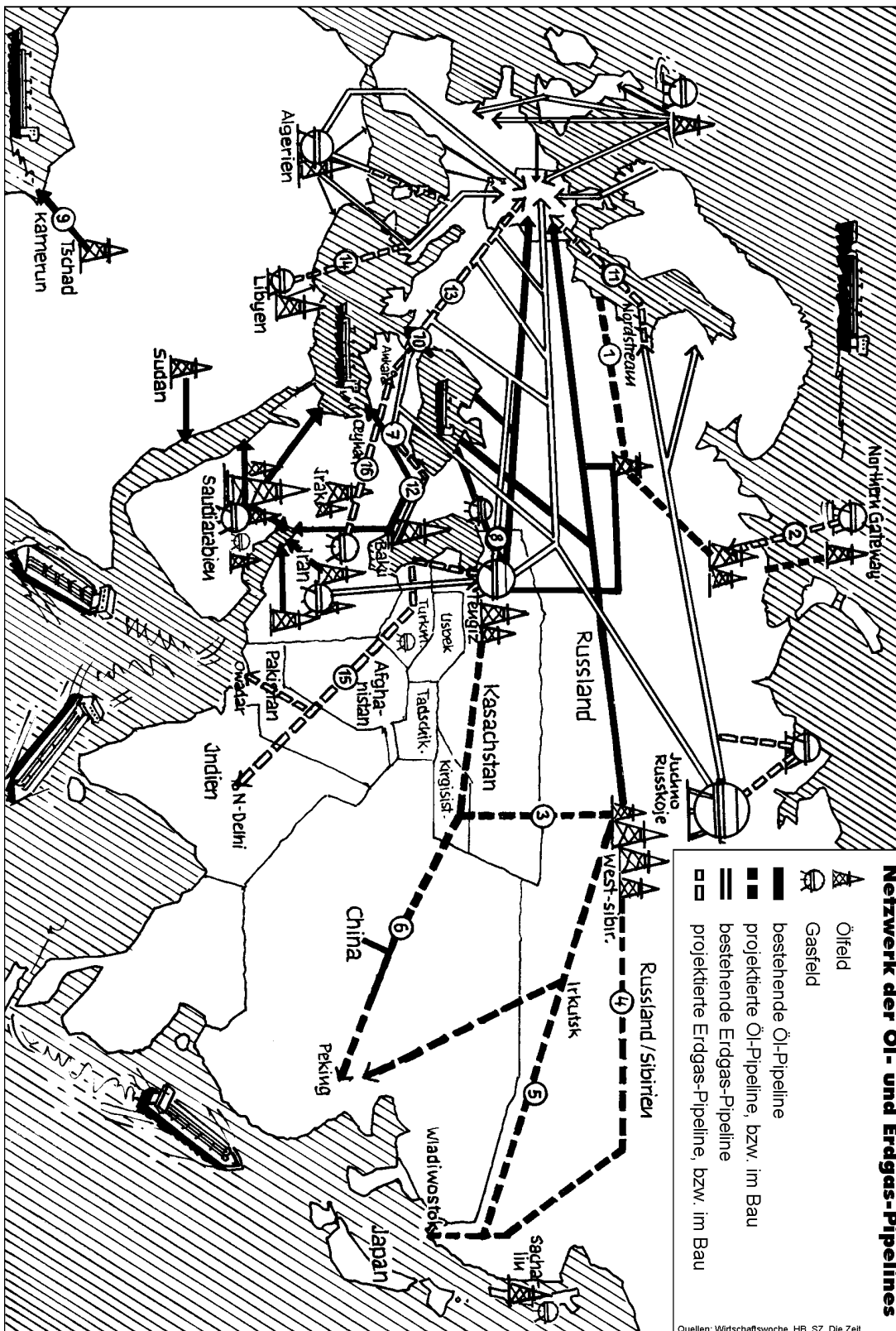
- In seinem Gebiet liegen über 70 % der Ölreserven der Erde.
- Centcom führt heute die internationalen Kriege bzw. Militäraktionen im Irak, in Afghanistan, im Libanon, am Horn von Afrika.
- Centcom hat Stützpunkte in Saudi-Arabien, Bahrain, Kuwait, Qatar, Oman und den Vereinigten Arabischen Emiraten.
- Mit den zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Turkmenistan und Usbekistan hat Centcom schon gemeinsame Manöver durchgeführt. Usbekistan hat Centcom einen Großflughafen beim Angriff auf Afghanistan zur Verfügung gestellt. Seitdem hat Centcom dort einen Stützpunkt.

Für 2008 hat das Pentagon eine Umorganisation für den Bereich Afrika angekündigt. Die bisher bei Centcom befindlichen Afrika-Staaten werden mit den anderen, die bisher von EUCOM betreut wurden, zum neuen Africom zusammengelegt. Im Rohstoff-Superboom ist die strategische Bedeutung Afrikas erheblich gewachsen, weshalb es auch zum regionalen Schwerpunkt der G8-Konferenz in Heiligendamm wurde. Afrika verfügt über 10 % der Welt-Ölvorräte. Was Uran, Gold, Diamanten, Kupfer, Cobalt anlangt, ist sein Gewicht noch größer. Die USA beziehen heute 18 % ihres Öls aus West-Afrika, in Kürze sollen es über 25 % sein.

Bei der Ankündigung des neuen Africom gab die Pentagon-Sprecherin unverblümt als Motiv das Interesse an Energie- und Rohstoffsicherheit an. Dementsprechend geht das Militär vor und die EU übt sich in enger Kooperation mit den USA. Mitte 2006 fand auf den Kapverdischen Inseln vor der westafrikanischen Küste das erste Manöver der schnellen Nato-Einsatztruppe statt, betitelt "Steadfast Jaguar". Im Szenario des Manövers hieß es: "Über 7.000 Soldaten, inklusive deutscher und französischer Infanterie, amerikanischer Bomberpiloten und spanischer Seeleute werden sich einer Auseinandersetzung rivalisierender Fraktionen gegenübersehen, die um die Kontrolle der Ölvorkommen der Insel kämpfen." (Wagner, 105)

Kehren wir zurück zu den Hauptpunkten der Entwicklung der Strategie von USA und Nato.

1999 (noch mit US-Präsident Clinton) wurde eine Neue Nato-Strategie beschlossen. Die militärische Funktion der Nato wurde um den "Auftrag zur Krisenbewältigung" erweitert. Solche Krisen können sein: "ethnische und religiöse Rivalitäten, Gebietsstreitigkeiten, unzureichende



(1) Transneft baut Pipelinekapazität an die Ostsee aus; (2) Northern Gateway: Geplant für Öl-Export nach USA bzw. weiter westlich: Gasprojekt Stockmann-Felder (Gazprom evtl. gemeinsam mit Norwegen/ Statoil); (3) Westsibirien – Westchina: China will seine Raffinerien um Ürumqi ausbauen – mit Erdöl aus Russland und Kasachstan; (4) Sibirien – Pazifik: 4.130 km lange Strecke von Sibirien nach Nachodka (bei Wladiwostok), Öl v.a. für Japan; (5) Sibirien – Nordostchina, wahrsch. nur als Abzweigung Sibirien – Pazifik; (6) Sibirien – Peking: Von Jukos geplant, vorerst auf Eis; (7) Baku – Ceyhan: Über Georgien, Umgehung des russischen Pipelinemonopols, 2006 fertig.; (8) Kaspische Pipeline: Von Erdölfeld Tengiz (Kasachstan) hauptsächlich nach Noworossisk; (9) Tschad – Kamerun: Unter Führung von Exxon; (10) Burgas – Alexandroupoli: Alternative zur Tanker-route durch Bosporus; (11) Nord Stream: Gasleitung durch Ostsee, Konsortium: Gazprom/Ruhrgas/ Wintershall; (12) Kaspische Pipeline: Geplante Gaspipeline quer durch Türkei; (13) Nabucco-Pipeline: Iran bis Österreich; (14) Geplante Erdgas-Pipeline Libyen nach Europa; (15) Turkmenistan via Afghanistan nach Pakistan, (Afghanistan!); (16) Teheran – Ankara, dann Nabucco (12)



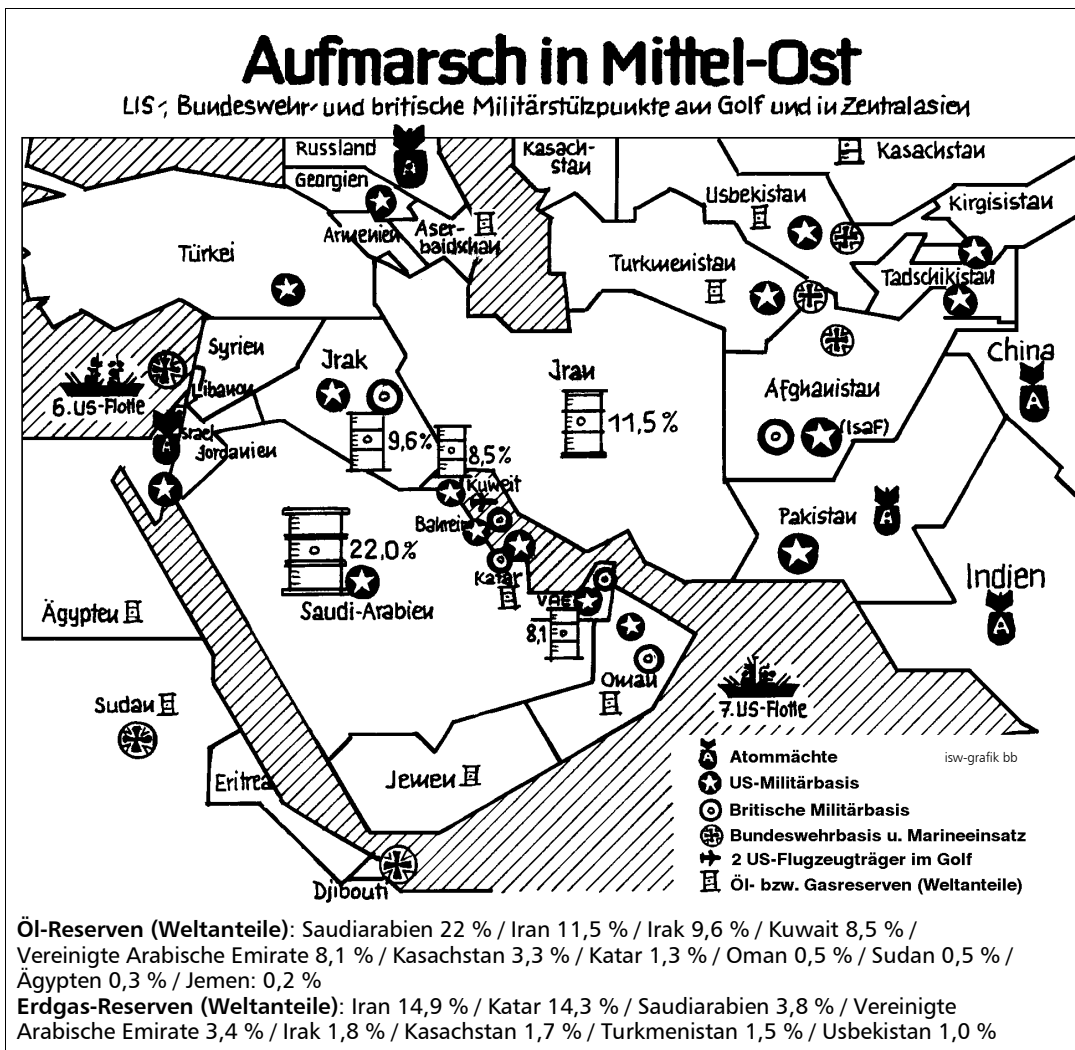
oder fehlgeschlagene Reformbemühungen, die Verletzung von Menschenrechten und die Auflösung von Staaten." Ein Krisenfall ist auch gegeben, wenn "Risiken umfassenderer Natur berührt werden, eingeschlossen Akte des Terrorismus, der Sabotage und des organisierten Verbrechens sowie zur Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen."

Ressourcensicherheit ist nun offiziell ein Kriegsauftrag für die Nato. Im übrigen hat sich die Nato in ihrer neuen Strategie für zuständig erklärt, an jedem Punkt der Erde mit Waffengewalt für politische Verhältnisse in ihrem Sinn zu sorgen.

In den Jahren danach – nach 1999 – wurde die US-Militärstrategie zügig zum Instrument der weltweiten Ressourcenkontrolle ausgebaut. Im **US National Energy Report vom Juni 2001** (also vor 9/11) heißt es: "Wir sehen es als unseren Auftrag an, die Schaffung von Energiesicherheit zur obersten Priorität unserer Außenhandels- und Außenpolitik zu machen." Hier wird nicht die Dreifaltigkeit von Freiheit, Demokratie und freiem Unternehmertum als neokonservatives Glaubensbekenntnis bemüht, sondern unverblümt das materielle Interesse selbst als "oberste Priorität" der internationalen US-Politik formuliert: Energiesicherheit, d.h. der gesicherte Zugriff auf die globalen Energiequellen.

Im September 2002 wird in der neuen "Nationalen Sicherheitsstrategie" der USA u.a. präzisiert: "Zugang zum Öl des Persischen Golfes ist für die nationale Sicherheit der USA von entscheidender Bedeutung. Falls erforderlich werden wir diese Interessen auch mit militärischer Gewalt verteidigen."

Die US-Armee wird entsprechend der neuen Doktrin schnell zu einer globalen Interventionsarmee umgebaut. Die Streitkräfte werden in kleinere, mobile Kampftruppen überführt, die von zahlreichen kleineren Militärbasen (lily pads) schnell an die Brennpunkte verlegt werden können. Eine entsprechende Reorganisation durchläuft die **Nato**, die **2002** die Erstellung einer Nato Response Force (NRF) zum weltweiten Einsatz in von ihr dazu ausgerufenen Krisengebieten beschlossen hat. Bis Ende 2006 standen 25.000 Soldatinnen und Soldaten solcher schneller Eingreiftruppen zur Verfügung.



2.2 Bundesrepublik/EU

Eine ganz ähnliche Entwicklung durchlief die militärstrategische Debatte und politische Ausführung in der BRD und der EU.

In den **Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr von 1992** heißt es bereits, dass nicht mehr die Verteidigung im Vordergrund stehe, sondern die Bedeutung eines "politischen und militärischen Konfliktmanagements im erweiterten geografischen Umfeld". Zu den neuen Sicherheitsinteressen zählen nun "die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu strategischen Rohstoffen".

Im **Weißbuch der Bundeswehr 1994** wird der Begriff der Verteidigung ersetzt durch "Krisenbewältigung". Dementsprechend sollen "Krisenreaktionskräfte" aufgebaut werden.

Im **Oktober 1998 beschließt der Bundestag die Teilnahme der Bundeswehr am Luftkrieg gegen Jugoslawien**. Dies war der strategische Sündenfall der deutschen Militärpolitik. Denn erstens ging es nicht um "Verteidigung", wie die deutsche Verfassung dies für den militärischen Einsatz vorschreibt. Der Einsatz war also verfassungswidrig. Und zweitens bedeutete es einen Bruch der UNO-Charta, denn es lag kein Mandat des UN-Sicherheitsrates vor. Die Begründung der deutschen Regierung lautete, man müsse eine humanitäre Katastrophe abwenden. Der Außenminister der rot-grünen Regierung Fischer verstieg sich zu der Behauptung, der Imperativ "Nie wieder Auschwitz" verpflichte deutsche Demokraten zum militärischen Eingreifen. Der monströse Vergleich ist eine denkbar schlimme Verharmlosung des Holocausts und der Nazi-Verbrechen. Die Propaganda Fischers ist um so verwerflicher, als sich hier eine deutsche Regie-

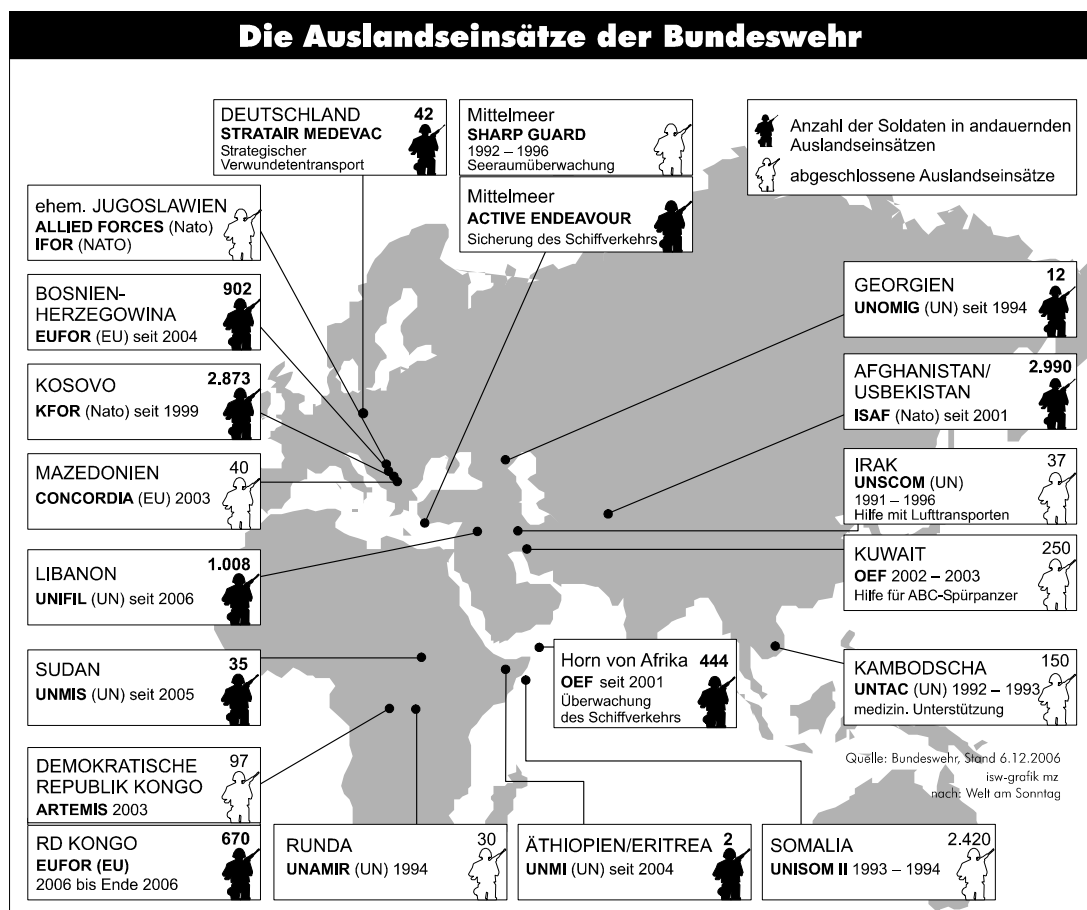
zung gegen Verfassung und Völkerrecht selbst das Mandat zur Kriegsführung ausstellt unter Berufung auf die speziellen deutschen Erfahrungen mit dem Faschismus, die von den überlebenden Opfern des Nazi-Faschismus bekanntlich in die Formel gebracht wurde: Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

Seit 2001 ist die Bundeswehr in Afghanistan aktiv, einmal in der Operation Enduring Freedom der "Koalition der Willigen", für die die Nato den "Verteidigungsfall" ausgerufen hat (der damalige Verteidigungsminister Struck: Deutschland wird am Hindukusch verteidigt) und zum anderen in der ISAF, der International Security Assistance Force, die von den UN beschlossen wurde, mittlerweile von der Nato geführt wird und an die US Centcom "berichtet". Bekanntlich schickt die Bundeswehr nun zusätzliche Kampfseinheiten nach Afghanistan, die dann ohne den Deckmantel der Sicherung des zivilen Aufbaus operieren können.

Insgesamt waren bisher mehr als 200.000 deutsche Soldatinnen und Soldaten in **Auslandseinsätzen**. Bis Ende 2006 gab es 9.000 Verletzte, 64 starben, davon 39 durch "Fremdeinwirkung". 2007 waren rund 9.000 Soldatinnen und Soldaten in 11 ausländischen Staaten aktiv. Ihr Einsatzgebiet deckt sich weitgehend mit dem von US Centcom, oft sind die Aufträge direkt auf die so genannte "Ölsicherheit" bezogen, wie z.B. bei den Marineverbänden am Horn von Afrika und im Mittelmeer, die in erster Linie die Sicherheit der Öltransporte gewährleisten sollen.

Im **Weißbuch der Bundeswehr 2006** wird das, was wir "Ressourcenimperialismus" nennen, unverhohlen als Maxime der Militärstrategie angesprochen: "Wie viele andere Länder ist (Deutschland) in hohem Maße von einer gesicherten Rohstoffzufuhr und sicheren Transportwegen in globalem Maßstab abhängig ... Von strategischer Bedeutung für die Zukunft Deutschlands und Europas ist eine sichere, nachhaltige und wettbewerbsfähige Energieversorgung ... Energiefragen werden künftig für die globale Sicherheit eine immer wichtigere Rolle spielen."

Die EU folgt in ihrer Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) von 2003 den strategischen Vorstellungen der USA (und Deutschlands), sowohl in ihrem Anspruch, weltweit und "vorbeugend" einzugreifen, als auch in ihrer Betonung der Energiefrage.



"Die Energieabhängigkeit gibt Europa in besonderem Maß Anlass zur Besorgnis. Europa ist der größte Erdöl- und Erdgasimporteure der Welt. Unser derzeitiger Energieverbrauch wird zu 50 % durch Einfuhren gedeckt. Im Jahr 2030 wird dieser Anteil 70 % erreicht haben."

Ziel ist, battle groups (Eingreiftruppen) nach US-Vorbild aufzustellen. Im European Defence Paper – im Auftrag der EU erstellt – wird gefordert, 150.000 bis 200.000 Soldatinnen und Soldaten so schnell wie möglich für Auslandseinsätze permanent zur Verfügung zu stellen. In der Perspektive soll die Hälfte der Armeen der EU-Staaten aus Eingreiftruppen für Auslandseinsätze bestehen.

Als **Fazit** dieses Überblicks über die Entwicklung der Militärstrategien in USA, Nato, Deutschland und der EU ergibt sich:

Der Sicherheitsbegriff erfährt eine vollständig neue Deutung. Der so genannte "erweiterte Sicherheitsbegriff" hat nichts mehr mit militärischer Verteidigung der eigenen Regionen zu tun, sondern dreht sich um die militärische Durchsetzung und Wahrung ökonomischer Interessen unter besonderer Berücksichtigung von Rohstoffen und speziell Energieträgern. Die Armeen der westlichen Industrieländer und ihrer Bündnisse werden dementsprechend umgestellt auf globale, brennpunktbezogene Eingreiftruppen.

Diese Strategie mitsamt dem erweiterten Sicherheitsbegriff hat übrigens mittlerweile die höchsten richterlichen Weihen durch das Bundesverfassungsgericht erhalten. In seinem Urteil zur Vereinbarkeit der Tornado-Einsätze in Afghanistan mit dem Grundgesetz im Juli 2007 machte sich das Gericht die wilden Argumente des "Kriegs gegen den Terror" zu eigen. Fehlgeschlagene Staaten, solche mit "begrenzt effektiver Staatsgewalt", oder auch Schurkenstaaten, die ihre Staatsgewalt nicht ausreichend ausüben wollen, böten damit einen Rückzugsraum für international operierende Terrororganisationen. Dies müsse die starken Staaten auf den Plan rufen, diese Gefahr für ihre Sicherheit militärisch zu beseitigen. Um so mehr ist ein solches Vorgehen logischerweise dann gerechtfertigt, wenn es sich bei dem betreffenden "Krisengebiet" um ein für Energieproduktion und -transport wichtiges Land handelt.



3. Gehen wir einem Weltkrieg um knappe Ressourcen entgegen?

Eine große Zahl linker, globalisierungskritischer Autoren geht davon aus, dass das globale Wettrennen um knappe Ressourcen, vor allem um Öl und Gas, zu einer heißer werdenden Kontroverse zwischen den hauptsächlich westlichen Industrieländern führen wird. Elmar Altvater sieht eine zugespitzte Kontroverse zwischen den USA und der EU, Peter Strutynski vom Kasseler Friedensratschlag eine scharfe Konfrontation zwischen den USA und Deutschland. Dies sei im hundertjährigen Kampf um die Weltherrschaft die immerwährende, dominierende Konstante gewesen.

Überhaupt beruft man sich gern auf Analysen des Imperialismus, die an die hundert Jahre zurück liegen. In seinem 1916 geschriebenen Werk "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" nannte Lenin als die charakteristischen Merkmale des monopolistischen Kapitalis-

mus die Konzentration der Produktion und die Monopole, die immer größer werdende Bedeutung der Banken, die Verschmelzung des Bank- mit dem Industriekapital und die Entstehung einer Finanzoligarchie, den Kapitalexport, die Aufteilung der Welt unter die Kapitalistenverbände und die territoriale Aufteilung der Erde unter die Großmächte. Die Verschärfung der Widersprüche im Imperialismus würde nach dem Abschluss der Aufteilung der Welt zum Aufeinanderprallen der Großmächte führen, wie der gerade stattfindende 1. Weltkrieg belegte. Antonio Gramsci bezeichnete 1919 in der Tradition Lenins den Nationalstaat als "Konkurrenzorgan" und zielte damit auf die imperialistischen Zentren, die wie im 1. Weltkrieg um die globalen Anlagensphären ihrer nationalen Kapitale konkurrierten. Auch wenn heute die Art der Konkurrenz sich verschoben hat, schreibt aktuell der Marburger Soziologe David Salomon, so sei doch noch immer in die konkrete Form des Nationalstaats das Konkurrenzprinzip nach innen und außen eingeschrieben. (Salomon, 66)

Dies halte ich für eindeutig falsch. Die Analysen Lenins, Gramscis und auch ähnliche von Rosa Luxemburg trafen für ihre Zeit zweifelsohne zu, aber nicht mehr für die heutige Lage. Der Grund ist ebenso einfach wie fundamental: Damals vertraten die einzelnen Nationalstaaten das Interesse ihrer nationalen Kapitale. Heute geht das aus dem einfachen Grund nicht mehr, weil das Kapital keine nationale Struktur mehr hat. Das moderne Großkapital ist transnational organisiert.

Insbesondere im transatlantischen Raum USA-EU sind die Länder vom international operierenden Kapital gleichermaßen durchdrungen. Der Gesamtbestand der ADI, der Ausländischen Direktinvestitionen, von Unternehmen aus Nicht-EU-Ländern in der EU, beträgt über ein Drittel des BIP der EU, ein dreimal höherer Anteil als 1990. Die Unternehmen aus der EU haben in Nicht-EU-Ländern einen Bestand, der über zwei Drittel des dortigen BIP ausmacht. Das ist fast das Vierfache des Anteils von 1990. Der so genannte Transnationalisierungsgrad der 100 größten TNK der Welt, d.h. der Auslandsanteil von Vermögen, Umsatz und Belegschaft liegt bei 57 %. Die 30 bestimmenden deutschen Konzerne, die DAX-Firmen, sind zu 53 % in der Hand von Ausländern.

Man kann moderne Wirtschaft, Politik und Militärstrategie nicht verstehen, wenn man sich nicht vor Augen hält, dass die Staaten nicht mehr die Agenten der nationalen Kapitale sein können, weil es eben diese nationale Struktur des Kapitals nicht mehr gibt. Nicht nur die Eigentumsverhältnisse sind transnationalisiert, die Produktion selbst ist in globale Wertschöpfungsketten gegliedert. Das bedeutet keineswegs, dass die Nationalstaaten an Bedeutung verloren haben. Vielmehr hat sich ihre Funktion verändert. Sie sind zu "nationalen Wettbewerbsstaaten" (Hirsch) geworden, d.h. sie konkurrieren gegeneinander um die Investitionen des globalen Kapitals, dem sie sich durch das Senken von Steuersätzen und sozialen Normen gefällig erweisen. Der Nationalstaat ist in dieser Fassung eine notwendige Voraussetzung für das Funktionieren im Interesse der globalen Konzerne. Dass diese Staaten indes aufeinander losgehen, um sich bei der Ressourcenvergabe Vorteile zu verschaffen, kann nicht im Interesse des globalen Kapitals liegen, das in den jeweiligen Wirtschaftsräumen gleichermaßen präsent und politisch relevant ist.

Dass es dennoch zu Reibungen zwischen den Nationalstaaten beim Wettrennen um die globalen Rohstoffressourcen kommen kann, liegt auf der Hand. Die globalen Kapitalfraktionen sind nicht auf alle Länder gleichermaßen verteilt. Ihr Einfluss kann durch mittlere und kleinere Unternehmen in den einzelnen Ländern, durch Besonderheiten der politischen Eliten, durch Gewerkschaften und soziale Initiativen unterschiedlich gebrochen sein. Der Staat ist nicht einfach das Vollzugsorgan der dominierenden Kapitalgruppen. Er ist Ort und Ergebnis der sozialen Auseinandersetzungen um die Ausgestaltung der Politik. Die 1,5 Millionen Teilnehmer der Kundgebung gegen eine deutsche Beteiligung am Irak-Krieg im Februar 2003 fielen mehr ins Gewicht als die 1.500 Leitartikel der Konzernpresse für ein Mitmachen der Deutschen. Insgesamt aber muss man sagen, auch eingedenk der stillen Teilhabe der deutschen Regierung am Irak-Krieg, indem sie Deutschland zur Drehscheibe der US-Logistik werden ließ, dass der Westen beim Projekt Ressourcenimperialismus im gleichen Schritt und Tritt marschiert.

Ob Afghanistan oder Irak, ob Afrika-Interventionen oder G8-Initiativen zu Afrika und zur Einbindung der Schwellenländer, die großen westlichen Industrieländer, USA wie EU, Nato wie Europäische Sicherheitsstrategie, sind keine konträren, sondern parallele und komplementäre Unternehmen. Der Weltkrieg um Ressourcen findet längst statt, aber nicht in der Form der Konfrontation einzelner Industrieländer, sondern als integriertes Unternehmen des Nordens, der westlichen Industrieländer, gegen die Rohstoffländer des Südens.

Wir wollen uns in der nächsten Abteilung unserer Konferenz gezielt mit den Gegenkräften und Gegenstrategien zum Ressourcenimperialismus beschäftigen. Hier einige allgemeine Thesen zu diesem entscheidenden Thema:

- 1) Wenn es sich bei den Militärstrategien des Ressourcen-Imperialismus im Wesentlichen um ein integriertes Vorhaben des globalen Kapitalismus gegen den "Süden", gegen die Rohstoffländer handelt, dann gehört zum Fundament der Friedensbewegung die Solidarität mit diesen Ländern und Völkern. Der Kampf um eine gerechte, eine regional autonom und demokratisch bestimmte Welt liefert den Gegenentwurf zum Rohstoff-Imperialismus. In diesen Zusammenhang gehört unsere Solidarität mit den Ländern Lateinamerikas, die um die Achse Cuba-Venezuela-Bolivien versuchen, einen eigenen Entwicklungsweg gegen die USA und andere westliche Länder durchzusetzen.
- 2) Ganz offensichtlich stoßen die militärischen Aktionen zur Kontrolle von Öl und Gas auf zunehmende Schwierigkeiten, wie die Fälle Afghanistan und Irak veranschaulichen. Der Westen reagiert darauf, indem er einmal die Kampfgruppen erhöht – siehe u.a. die (gestern) neu beschlossene Schnelle Eingreiftruppe der Bundeswehr – und zum anderen, indem er die zivilen Elemente – von Ärzten über Lehrer bis zu Bauarbeitern – seines Besatzungsregimes verstärkt. Uns muss klar sein, dass das zivile Element beim Aufbau dieser Gesellschaften nach dem Konzept der Besatzer nichts anderes ist als Ressourcenimperialismus, unverzichtbar für dessen Durchsetzung.
- 3) Zu den materiellen Grundlagen des Ressourcenimperialismus gehört die Wirtschafts- und Lebensweise im modernen Kapitalismus mit seinem maßlosen Verbrauch von Energieträgern und anderen Naturstoffen. Regenerierbare Energien, d.h. v.a. Solarenergie, und eine ökologisch bestimmte, den Verbrauch begrenzende Lebensweise durchzusetzen, sind fundamentale Bestandteile einer Strategie gegen den Ressourcenimperialismus. Friedens- und Ökologiebewegung gehören zusammen.
- 4) Letzten Endes ist der Kampf gegen imperialistische Kriege ein Kampf um die politische Macht. Es kommt darauf an, wer über den Staat und damit über den Einsatz der staatlichen Gewaltmittel zu bestimmen hat. Es kann kein Zweifel sein, dass in den westlichen Ländern bei aller Achtung gegenüber der sog. Zivilgesellschaft das global operierende Kapital heute den entscheidenden Zugriff auf die Staaten hat.



Dies wollen und dies müssen wir ändern. Das ist eine gewaltige Aufgabe, aber wir können mit Recht auf wichtige Fortschritte auf dem Weg dahin verweisen:

- 1) Mit der Linken im Bundestag ist das Kartell der neoliberalen Parteien dort gesprengt worden. In der gestrigen Bundestagsdebatte hat sich nur Lafontaine als Sprecher der Linken gegen die Schnelle Eingreiftruppe der Bundeswehr in Afghanistan gewandt. Diese Linke muss als parlamentarische Kraft stärker gemacht werden, wozu als nächstes die Wahlen in Hessen und Niedersachsen Gelegenheit geben, aber auch die bevorstehenden Kommunalwahlen in München.
- 2) Die Gewerkschaften geraten unter dem Druck des neoliberalen Kahlschlags stärker in Bewegung, gleichzeitig verlieren die Konzernführer inmitten von Korruption, Missmanagement und unverschämter eigener Bereicherung an Legitimität. Wir erleben eine neue, noch zaghafte gesellschaftliche Bewertung der Faktoren Kapital und Arbeit. Die sozialen Bewegungen, auch die Friedensbewegung, sollten der Gewerkschaft dabei ihre aktive Unterstützung zukommen lassen und gleichzeitig bei den Gewerkschaften das Verständnis dafür schärfen, dass soziale Gerechtigkeit im eigenen Land globale soziale Gerechtigkeit zur Voraussetzung hat.
- 3) Die Bewegung für eine andere Welt, für die Alternative zu Ausbeutung und Krieg, hat 2007 in Rostock/Heiligendamm gezeigt, über welche großen Potenzen sie bereits verfügt. Der Versuch, die Bewegung über lokale Initiativen im direkten gesellschaftlichen Umfeld der Menschen zu verankern, ist schwierig und steckt noch in den Anfängen. Aber es ist der richtige Weg.

Nehmen wir, alles in allem, die Entwicklungstendenzen des letzten Jahres, dann können wir realistisch sagen, der Widerstand gegen Imperialismus und Krieg hat sich ein Stück weiter formiert. Es liegt nicht zuletzt an uns selbst, wie schnell das weitergeht.

„Die Bundeswehr ist heute weltweit im Einsatz“

(Bundeswehr-Weißbuch)

Auslandseinsätze	Entsandte	jährl. Kosten	Zivile Alternative
 <p>Anfang 2007 in 10 Ländern und Gebieten</p>	<p>7.800 SoldatInnen</p>	<p>1,4 Milliarden €</p>	<p>25.000 Krankenschwestern + 20.000 Altenpfleger</p> 

Waffen für den globalen Einsatz ... Waffen, die schon im Frieden zerstören ...

Waffenprogramme ¹⁾	Bundeswehr Bestellg./Plang.	Kosten ²⁾	Zivile Alternativen ³⁾
 <p>Eurofighter ab 2003</p>	<p>Stck. 180 à 128 Mio (incl. Waffen)</p>	<p>23,0 Mrd €</p>	 <p>1840 Berufsbildungszentren à 500 Azubis (je 12,5 Mio Baukosten)</p>
 <p>Kampfhubschrauber Tiger ab 2005</p>	<p>Stck. 80 à 66 Mio (incl. Waffen)</p>	<p>5,3 Mrd €</p>	 <p>828 Pflegeheime à 60 Plätze (je 6,4 Mio Baukosten)</p>
 <p>Transporthubschrauber NH/MH ab 2006</p>	<p>Stck. 164 à 42 Mio</p>	<p>6,8 Mrd €</p>	 <p>1744 Grundschulen à 200 Schüler (je 3,9 Mio Baukosten)</p>
 <p>Militär-Airbus A400 M ab 2010</p>	<p>Stck. 60 à 153 Mio</p>	<p>9,2 Mrd €</p>	 <p>6571 Kindergärten à 4 Gruppen (je 1,4 Mio Baukosten)</p>
 <p>Schützenpanzer Puma ab 2007</p>	<p>Stck. 410 à 9,5 Mio</p>	<p>3,9 Mrd €</p>	 <p>557 Wohnheime à 100 Plätze (je 7,0 Mio Baukosten)</p>
 <p>Fregatte F 125 ab 2014</p>	<p>Stck. 4 à 650 Mio</p>	<p>2,6 Mrd €</p>	 <p>520 Sport/Mehrzweckhallen à 2 Felder (je 5,0 Mio Baukosten)</p>

isw-grafik bb

1) Waffenprogramme nach Bundeswehrplan 2008 (Generalinspekteur Schneiderhahn März 2007)

2) Kosten enthalten Beschaffungskosten + anteilige Forschung & Entwicklung und Erprobung

3) Baukosten = reine Baukosten + Baunebenkosten (Honorare, Gebühren).

Nach Baukosten-Informationszentrum/BKI 2007 deutscher Architektenkammer

Literatur:

Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Band 1. MEW 23. Berlin 1969

Mayer, Leo/Schmid, Fred/Schuhler, Conrad: G8 – Agenda des kollektiven Imperialismus. isw-report 69/70

Lenin, W.I.: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. In Lenin: Ausgewählte Werke, Band 1, 769 – 773. Berlin 1961

Salomon = Salomon, David: Gramsci, die deutsche Linke und das Problem der Nation.

In: Marxistische Blätter 1-08, 64 – 72

Schuhler, Conrad: Unter Brüdern. Die USA, Europa und die Neuordnung der Welt. Köln 2003

Spiegel = Spiegel special: Kampf um Rohstoffe. Nr. 5/2006

Wagner 2006 = Wagner, Jürgen: Neoliberale Geopolitik: Transatlantische Konzepte einer militärischen Absicherung der Globalisierung. In: Pflüger/Wagner: Weltmacht Europa. Hamburg 2006

Wagner = Wagner, Jürgen: Das neue Objekt der Begierde: Afrikanische Ölkriege und die Rolle des "Westens". In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 71, September 2007, 100 – 112.

Weinberger = Weinberger, Eliot: Schrei ohne Ton. In: Lettre International, Frühjahr 2003



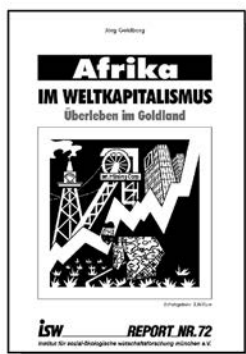
Global Governance, Öl-Imperialismus, Krisenpotenziale. Immer offener rückt in den Mittelpunkt der G8 und seiner Mitgliedsstaaten ein brutaler Rohstoffimperialismus, der vor allem die Ressource Öl/Gas sichern soll. Analysiert werden die Mechanismen und Hintergründe der neoliberalen Strategie, die wachsenden Krisenpotenziale, die für den Westen prekäre Öl-/Erdgasbilanz sowie die Gegenkräfte auf der politischen Weltbühne.

isw-report 69/70
April 2007 / 5,00 EUR + Vers.



Die Studie weist im Detail nach, dass die WTO, das entscheidende Instrument auf dem Gebiet der Weltwirtschaft, unter dem Kommando der großen Industriestaaten "Verantwortung" nur für die Transnationalen Konzerne aufbringt. Unter diesen Bedingungen ist für die Entwicklungsländer Zurückbleiben die Normalität, Aufholen das Besondere. Mit einem ausführlichen Teil zum "Experiment China".

isw-spezial 20
April 2007 / 4,00 EUR + Vers.



Der Autor (Jörg Goldberg) untersucht die historische Entwicklung Afrikas im Weltkapitalismus bis hin zu ihrem jüngsten Stand. Die imperialistischen Interventionen haben in Afrika anders gewirkt als in Asien oder Lateinamerika. Afrika wurde zwar in den Weltkapitalismus integriert, aber als bloßer Rohstofflieferant.

isw-report 72
Dezember 2007 / 3,50 EUR + Vers.



isw-spezial Nr. 19 setzt sich kritisch mit dem moralischen Anspruch westlicher Kriegspolitik und deren Umsetzung in der Praxis auseinander. Besonderes Augenmerk liegt auf der massiven Verquickung vormals rein ziviler Konfliktbearbeitung mit militärischen Aspekten.

Herausgeber: isw e.V. und IML e.V.
isw-spezial 19
November 2005 / 3,00 EUR + Vers.



isw-report 71 dokumentiert die Redebeiträge des 15. isw-forums "Zukunft braucht Gegenmacht – Erneuerung der Gewerkschaften und Aufbau eines gesellschaftlichen Bündnisses gegen den Neoliberalismus".

Frank Deppe / Hans-Jürgen Urban / Juri Hälker, Claudius Vellay / Hubert Thiermeyer, Tatjana Fuchs
isw-report 71
September 2007 / 4,00 EUR + Vers.

alle lieferbaren isw-Publikationen siehe

www.isw-muenchen.de